

Schießplatzsanierung steht aus

Waakhauser Altlast: Mauer des Schweigens statt Sicherung des Erdwalls

Die Initiative "Naturschutz Worswede" fordert die Sanierung des kontaminierten Waakhauser Schießplatzes. Die Sicherung des Altlasten-Erdwalls wurde vor zwei Jahren behördlich angeordnet, aber nicht umgesetzt.

31.01.2026 Von [Bernhard Komesker](#)



Der Wall am Schießstand Waakhausen, die sogenannte "Wurst" (Archivbild), ist trotz Anordnung weiterhin nicht saniert, ein Gerichtsverfahren dazu kommt nicht von der Stelle.
Foto: Maximilian von Lachner

Zusammengefasst

-)] Die Bürgerinitiative "Naturschutz Worswede" fordert seit Jahren die Sanierung des kontaminierten Waakhauser Schießplatzes und kritisiert die Untätigkeit von Landkreis und Politik.
-)] Obwohl 2021 und zuletzt im Februar 2024 behördliche Anordnungen zur Sanierung des Altlasten-Erdwalls erfolgten, wurde bislang keine sichtbare Maßnahme umgesetzt – teils wegen juristischer Klagen der Betreiber.
-)] Kontroverse um akute Gefahrenlage: Während Gutachten des Landkreises Gegenmaßnahmen fordern, zweifeln Betreiber deren Nutzen an; politische Unterstützung und Transparenz fehlen laut Initiative.

Im Februar 2024 hat der Landkreis Osterholz per behördlicher Anordnung verfügt, dass die Betreiber des Waakhauser Schießstands den Altlasten-Wall sanieren müssen, der vor 19 Jahren am Rande des Geländes aus kontaminiertem Erdreich errichtet wurde. Passiert ist seither: nichts. Zumindest nichts Sichtbares. Der Bürgerinitiative (BI) "Naturschutz Worpsswede" platzt deswegen jetzt der Kragen. Sie wirft der Behörde und namentlich Kreisdezentern Dominik Vinbrück schon länger vor, die Waakhauser Schießplatz-Gesellschaft mit Samthandschuhen anzufassen und den wachsenden Umweltrisiken tatenlos zuzusehen.



Die neuen Protestschilder unweit des kontaminierten Schießplatz-Geländes sprechen eine deutliche Sprache; die Umweltpolitiker im Kreistag schweigen hingegen.
Foto: BI Naturschutz Worpsswede

Der Kreisbeamte hat diesen Vorwurf zwar stets bestritten, verweigert aber die Auskunft darüber, auf welcher Rechtsgrundlage der Landkreis nun noch immer davon absieht, die seinerzeit angedrohte Ersatzvornahme auch in Auftrag zu geben. In einem solchen Verfahren würde der Kreis die Kosten für eine Druckentlastung des Erdwalls zunächst auslegen und dann vom Betreiber eintreiben müssen. Boden, Gräben und Grundwasser wären dann aber nicht länger durch Blei und andere Schwermetalle gefährdet, betont BI-Sprecher Andreas Oeller. Für ihn seien alle Voraussetzungen erfüllt, nach den Vorschriften über Gefahrenabwehr und Verwaltungsverfahren tätig zu werden – bevor es womöglich zu einer Umweltkatastrophe komme.

Warten auf Gerichtsentscheidung

Doch Vinbrück verweist darauf, dass die Betreiber im Juli 2024 gegen die Landkreis-Anordnung geklagt und ein Gegengutachten in Auftrag gegeben haben, wonach die Sicherung mehr schaden als nutzen würde. Zwar neige die Verwaltung noch immer den Empfehlungen aus dem eigenen, ersten Gutachten vom Februar 2021 zu. Aber der Nachweis sei schwer zu führen, dass der Schadstoffaustritt keine latente, sondern eine akute Gefahr sei – nicht

obwohl, sondern weil es regelmäßige Begehungen gebe, wie der Dezernent darlegt. Offenbar, so folgert es die Bürgerinitiative, bewertet der Landkreis das Risiko eines Scheiterns vor Gericht und die Folgekosten höher als den gebotenen Schutz von Natur und Umwelt. Aus Sicht der BI sei erwiesen, dass das 230 Meter lange Sicherungsbauwerk eine tickende Zeitbombe ist.

Während es der Leiter der damals tätigen [Baufirma für vollkommen ausgeschlossen](#) hält, dass etwas von dem bleiverseuchten Wall-Inhalt austreten könnte, hatte das Landkreis-Gutachten ergeben, dass sehr wohl Gegenmaßnahmen erforderlich seien – dringender noch als die außerdem nötige Sanierung des schadstoffbelasteten Gesamtgeländes, die ebenfalls noch immer auf sich warten lässt. Weil Undichtigkeiten am Erdwall nicht auszuschließen seien, sei eine Absicherung "zeitnah zu prüfen". Als Ad-hoc-Maßnahme werde empfohlen, das Sickerwasser aus dem Bauwerk abzupumpen und fachgerecht zu entsorgen, schrieben die Gutachter vor fünf Jahren. "Wer haftet, wenn es zum Super-GAU kommt", hat die BI schon im vorigen Herbst gefragt. Sie hatte schon vor Jahren einen eigenen Gutachter beauftragt, der 2019 zu dem Schluss kam, die Sicherheit der sogenannten Wurst sei keineswegs gegeben.

Keine Stellungnahmen aus der Politik

Der Dezernatsleiter im Kreishaus argumentiert, durch den Eilantrag der Betreiber beim Stader Verwaltungsgericht sei eine sofortige Vollziehung nicht möglich; man müsse zunächst die Gerichtsentscheidung abwarten, die noch immer ausstehe. Auch für Februar gibt es keinen Termin. Mehrfach und vergebens hat die BI ihn danach gefragt, wo das geschrieben steht, um einen möglichen Verstoß gegen die Gesetzeslage prüfen lassen zu können. Besonders bitter findet es BI-Sprecher Andreas Oeller, dass es auch keinen politischen Druck in der Sache mehr zu geben scheint, obwohl eine Druckentlastung des Walls zweifellos fachlich geboten sei. Alle Fraktionen hüllten sich seit vielen Monaten in Schweigen. Auf den [offenen Brandbrief vom 16. September, sich mit der Materie zu befassen](#), habe es keinerlei Echo gegeben.

Zu einer einfachen Willensbekundung konnte sich unlängst im Umweltausschuss kein einziger Abgeordneter durchringen. Dabei hatte die Initiative sämtliche Mandatsträger zuvor erneut angeschrieben und eindringlich darum gebeten, sich nicht wegzuducken, sondern auch im Hinblick auf die anstehende Kommunalwahl zu positionieren. "Sie könnten die Verwaltung dabei unterstützen, die Sanierungspflichten durchzusetzen und weitere Verzögerungen zu verhindern", hatte Oeller versucht, ihnen ins Gewissen zu reden.

Und eigentlich hatte die Verwaltung dem Ausschuss dafür im November auch eine Steilvorlage geliefert, indem sie eine Mitteilungsvorlage zum Sachstand der stockenden Schießplatz-Sanierung vorlegte. "Aber offenbar wollte auch niemand der Verwaltung mit einer kritischen Nachfrage in den Rücken fallen", ärgert sich BI-Mitglied Silvia Vaßen-Langenbach, die neben Oeller auf den Zuhörerplätzen gesessen hatte. Beide hatten neun Tagesordnungspunkte und zweieinhalb Beratungsstunden gewartet, bis das Waakhauser Thema aufgerufen wurde.

Entweder sei die Behörde ein zahnloser Tiger, oder sie tue nur so und erkläre nicht, warum sie es bei Drohungen belasse, so die BI-Einschätzung. Die Sprachlosigkeit der Ausschussmitglieder wiederum, findet Oeller, sei auch in der Außenwirkung verheerend. Die Linksfraktion bat anschließend um Entschuldigung, allein die juristischen Aspekte im Blick gehabt zu haben und sich nicht positioniert zu haben. Und der Ausschussvorsitzende [Axel Miesner](#) (CDU) stellte sich vor ein paar Tagen dann doch einem Gespräch mit der BI. Als Landtagsabgeordneter will er sich nun im Umwelt- und im Wirtschaftsministerium in Hannover erkundigen, wie das Land die Sache sieht.